

PER EINSCHREIBEN/RÜCKSCHEIN

<XY>
<Adresse>

Übermittlung von Werbe-Faxen ohne Einwilligung

<Datum>

Sehr geehrter <XY>,

Am <Datum> übermittelten Sie ein Werbefax (Anlage Ast. 1.) unaufgefordert an meine Mandantin, ohne dass eine Einwilligung oder eine laufende Geschäftsverbindung vorliegt. Die Zusendung unverlangter Werbung mittels Fax stellt einen Eingriff in den Gewerbebetrieb dar.

Schon im Hinblick auf die kostenmäßige Belastung durch Betreiben des Geräts, wie Strom, Toner, Wartung, den Ausdruck selbst sowie das Papier und die Blockierung des Geräts beim Einlauf von Werbeschreiben, ist es grundsätzlich rechtswidrig, an einen Gewerbetreibenden Telefax-Schreiben zu richten, wenn dieser nicht damit einverstanden ist oder sein Einverständnis, z.B. im Rahmen einer bestehenden Geschäftsverbindung, nicht vermutet werden kann, BGH GR 96, 208 (Telefax-Werbung); LG Berlin und LG Frankfurt am Main IT-RB 2002, 233 – Störerhaftung für unerwünschte Fax-Werbung; AG Frankfurt am Main MMR 2002, 490 – Schadensersatz wegen unverlangter Faxwerbung; OLG Hamm GR 90, 689; NJW-RR 90, 1324 – Zusendung von Werbematerial; NJW-RR 91, 160 – Werbeschreiben; KG WRP 92, 652; OLG München NJW-RR 94, 1054; OLG Stuttgart NJW-RR 95, 615; OLG Koblenz GR 96, 207; OLG Zweibrücken BB 97, 115/116. „Für die Frage der Unzulässigkeit entsprechender Werbemaßnahmen ist es schließlich auch unerheblich, ob der Empfänger derselben eine Privatperson, Freiberufler oder Gewerbetreibender ist.“ (Beschluss des LG Berlin vom 14.5.1998 - Az.: 16 O 301/98)

Ich fordere Sie daher auf, zur Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung die anliegend beigefügte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung bis

<Datum + 1 Woche>

(bei mir eingehend) abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage
Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung

Werbefax

Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung

<XY>

<Adresse>

verpflichtet sich gegenüber

<Abmahnender>

<Adresse>,

1. es ab sofort zu unterlassen, unaufgefordert Faxe werblichen Charakters an <Abmahnender> zu senden.
2. für jeden Fall der Zuwiderhandlung unter Ausschluss der Einrede des Fortsetzungszusammenhangs eine Vertragsstrafe von EUR 4.000,- an <Abmahnender> zu zahlen.

Datum / Unterschrift / Firmenstempel